

Handelszeitung

Warum die Banken nicht zur Ruhe kommen

Absprachen

Die US-Behörden nehmen offenbar den Edelmetallhandel von mehreren Grossbanken unter die Lupe. Im Raum steht der Verdacht der Manipulation. Es wäre der dritte grosse Skandal in weniger als drei Jahren.

Von Gabriel Knupfer



Paradeplatz in Zürich: Immer neue Skandale lassen die Bankenwelt erzittern. Bloomberg

Bereits zum dritten Mal in den vergangenen Jahren geraten global agierende Grossbanken unter Manipulationsverdacht. Das neue Thema ist die Preisbildung bei Gold, Silber, Platin und Palladium. Denn die Ermittlungen der amerikanischen Behörden wegen mutmasslicher [Betrügereien beim Handel mit Edelmetallen](#) gehen offenbar weiter. Dies, nachdem im vergangenen Jahr mehrere europäische Aufsichtsbehörden ihre eigenen Ermittlungen in diesem Bereich eingestellt hatten.

Im Visier der US-Aufseher sind offenbar mindestens zehn globale Banken, wie das amerikanische «Wall Street Journal» berichtet. Verdächtig werden demnach auch die Schweizer Institute UBS und Credit Suisse. Im Raum stehen ähnliche Praktiken wie beim Devisenhandel-Skandal (Forex-Skandal) für den sechs Banken im November zu Strafzahlungen von über vier Milliarden Dollar verurteilt wurden.

«Schwerwiegende Fehlverhalten»

Dass die Amerikaner nicht locker lassen, überrascht kaum. Auch die Schweizer Finanzmarktaufsicht Finma war im November 2014 zum Schluss gelangt, dass es im Rohstoffhandel bei der UBS zu ähnlichen Verfehlungen gekommen war, wie im Devisenhandel. «Im Rahmen ihres umfassenden Verfahrens gegen UBS stiess die Finma

auf schwerwiegende Fehlverhalten von Mitarbeitenden im Devisenhandel und im Handel mit Edelmetallen», so die Aufsichtsbehörde.

Für die Manipulationen im Devisenhandel zog die Finma bei der UBS neben weiteren Massnahmen insgesamt 134 Millionen Franken ein. «Die im Devisen-Sporthandel festgestellten aufsichtsrechtlich unerlaubten Verhaltensweisen und Techniken wurden zumindest teilweise auch im PM-Sporthandel (Anm. der Redaktion: PM = Precious Metal = Edelmetall) festgestellt», schrieb die Finma damals im Untersuchungsbericht. Dazu gehörten diverse Verhaltensweisen entgegen den Interessen der eigenen Auftraggeber und Kunden.

Forex-Skandal lässt grüssen

Auch im Rohstoffhandel wurden nach Erkenntnissen der Finma Informationen über Aufträge und Namen der Bankkunden mit Drittparteien wie Händlern von anderen Banken oder Kunden geteilt. Besonders problematisch war laut Bericht das wiederholte Front Running (Eigengeschäfte in Kenntnis von Kundenaufträgen). Bei der UBS hätten die Vorgesetzten diese Art des Insiderhandels erst nach einiger Zeit des «untätigen Zusehens» wegen der «Offensichtlichkeit und Häufung des Front Runnings» gestoppt, so die Finma im November.

Die andauernden Ermittlungen der US-Behörden stehen denn auch in engem Zusammenhang mit den betrügerischen Devisengeschäften, die seit 2013 für Schlagzeilen sorgen. Als Teil der Vergleiche mit den US-Behörden vom letzten November mussten drei amerikanische Banken Informationen liefern, über «andere Handelsaktivitäten, wo sich ähnliche Probleme im Marktverhalten ergeben könnten», berichtete die Wirtschaftsagentur «Bloomberg».

Kaskade von Manipulationen

Bei den Forex-Ermittlungen war 2014 bekannt geworden, dass sich Händler von mehreren Grossbanken über Jahre in Chat-Gruppen Informationen zugeschanzt hatten, um die Devisenkurse gezielt zu manipulieren. Auf dem Devisenmarkt werden weltweit Werte in der Höhe von über 5000 Milliarden Dollar gehandelt. Entsprechend saftig sind die bisherigen Strafen für die Banken ausgefallen. 4,3 Milliarden Dollar mussten die Bank of America, Citigroup, HSBC, JPMorgan, RBS und UBS alleine in Grossbritannien und den USA bezahlen.

Und schon damals war klar, dass die US-Behörden weiter ermitteln würden. So werde auch dem Verdacht auf sogenanntes «Spoofing» nachgegangen, bei dem Händler gezielte Falschinformationen verbreiten, hiess es Anfang Jahr.

Libor-Skandal noch nicht abgeschlossen

Schon seit 2012 beschäftigt ein weiterer gigantischer Manipulationsskandal die internationale Finanzwelt. Im sogenannten Libor-Skandal verschafften sich Grossbanken Vorteile, in dem sie sich über den wichtigen Referenzzins Libor zu ihren Gunsten – und zu ungunsten der Kunden und anderer Marktteilnehmer – absprachen. Zu den Beschuldigten gehörten auch in diesem Fall die Credit Suisse und die UBS. In den USA musste alleine die UBS bisher 1,2 Milliarden Dollar für die Beteiligung an den Manipulationen bezahlen.

Auch im Libor-Skandal wurden bislang Strafen von mehr als vier Milliarden Dollar verhängt. Gegessen ist das Thema damit aber noch nicht. Zum einen sind noch zahlreiche Klagen von geschädigten Parteien, wie etwa kleineren Banken, hängig. Zum anderen haben sich noch lange nicht alle Banken, gegen die ermittelt wird, auf einen Vergleich mit den Behörden geeinigt. Und die immer weiteren Kreise der Manipulationsskandale lassen für die Banken auch in Zukunft wenig Gutes erhoffen. Denn neben Vergleichen und Strafen eröffnen sich den Ermittlern jedes Mal neue Gebiete, die sie vertieft unter die Lupe nehmen könnten.

Situation der Banken wird immer schwerer

Über Jahre spielte die Einhaltung der Spielregeln («Compliance») für viele Trader und ihre Vorgesetzten höchstens eine Nebenrolle, stellte die Finma im UBS-Bericht vom November fest. So habe ein Senior Mitarbeiter des Devisenhandels in Zürich zu Protokoll gegeben, dass niemand die Verhaltensrichtlinien über die zweite Zeile hinaus gelesen habe. Und überhaupt: «My role is to run the desk and make money. Compliance is not my role.»

Ein Schlusstrich ist nicht abzusehen. Und dies hat nachhaltige Folgen. «Jeder neue Skandal macht die ohnehin schwierige Situation der Banken noch schwerer», sagt Reputationsexperte Wolfgang Griepentrog [im Interview mit handelszeitung.ch](#). Vertrauen gehöre grundsätzlich zur Markenkompetenz einer Bank. «Der Transformationsprozess der Branche, das Bemühen um neue zukunftsfähige Konzepte, die Rückgewinnung von verlorengangenenem Vertrauen: All das wird durch grössere Skandale konterkariert.»